

Rundschreiben 3/2007



Übergabe der
Geräte der Hof-
bräustiftung an
die diesjährigen
Empfänger
am 12. Juli 2007

Herausgeber: Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e. V.,
 Olgastrasse 19, 70182 Stuttgart,
 Fon: 0711/24 89 55 20 / Fax: 0711/ 24 89 55 30,

Schlussredaktion: Martin Zorzi

e-mail: info@lnv-bw.de, Internet: www.lnv-bw.de

LNV-Rundschreiben Stand: 2.11.07

Redaktionsschluss für das nächste LNV-Rundschreiben ist der 12. Dez 2007

Umlauf des LNV-Rundschreibens

Name	weitergegeben am	Bemerkungen
AK-Sprecher/in		
Stellvertreter/in		

Inhalt

VORWORT**3**

1	AUS DER ARBEIT DES LNV	7
1.1	LNV und Forst-Verwaltungsreform	7
1.2	Ökokonto	7
1.3	Luchsentschädigungsfond	7
1.4	Erste Überlegungen für ein Umweltschadens-Landesgesetz	7
1.5	Biosphärengebiet Schwäbische Alb	8
1.6	Umweltplan	8
1.7	Durchführungsverordnung des Landesjagdgesetzes	8
2	LANDESTHEMEN	9
2.1	2258-stimmiger Chor gegen Gentechnik in Leingarten	9
2.2	Rohrhardsberg ist LIFE-Projekt	9
2.3	Gebäudeenergiepass und der BW-EnergieSparCheck	9
2.4	Kommt im Land die "Öko-Pflicht" für Wohngebäude ?	10
2.5	Informationsprogramm 'Zukunft Altbau'	11
2.6	Neues Klimaschutzprogramm	11
2.7	Erhöhte Werte der Industriechemikalie PFT in Klärschlamm	12
2.8	Start für bundesweit erstes regionales Hochwasserfrühwarnsystem	12
2.9	Atomaufsicht stellt sich erstmals internationaler Überprüfung	13
2.10	Umweltplan	13
2.11	Landesweite Abfallbilanz 2006	13
2.12	Waldgesetz erlaubt Ausnahmen für MTB-Strecken	14
2.13	Neue Zuständigkeit von Genehmigung und Aufsicht über Kernenergie	14
2.14	Initiative Gentechnikfreie Region Odenwald-Unterer Neckar gegründet	15
2.15	BUND warnt vor Übernutzung der Wälder in Baden-Württemberg	15
2.16	LJV und NABU kritisieren den Wegfall der Flächenstilllegung	16
2.17	Ergebnisse der landesweiten Grundwasserüberwachung	16
3	BUNDES-/EUROPATHEMEN	17
3.1	Aufrüstung des deutschen Fahrzeugparks	17
3.2	Klima-Bündnis stellt neues Fahrradkonzept vor	17
3.3	Kritik an Novelle des Gentechnikgesetzes	17
3.4	Mit Biosprit auf dem Holzweg?	18
3.5	Deutschland ohne Atomkraft	19
3.6	Export genehmigungspflichtiger Abfälle steigt wieder	19
4	GESETZE, VERORDNUNGEN, RECHTSSPRECHUNG	21
4.1	Gen-Mais darf in ökologisch sensiblem Gebiet nicht angebaut werden	21
5	LNV – INTERN	22
5.1	Seminar zu den neuen Beteiligungs- und Klagerechte der Verbände	22
5.2	Personalien, Vertretung in Gremien	22
5.3	LNV-Pressemitteilungen	23
5.4	LNV-Infos. Tipps und Positionen	25

6	WETTBEWERBE, AKTIONEN	26
6.1	Kampagnenstart "Neckarwestheimer Erklärung"	26
6.2	Bürgerbegehren gegen Stuttgart 21 gestartet	26
7	TERMINE UND VERANSTALTUNGEN	27
7.1	Naturschutztage am Bodensee 2008	27
7.2	BNE-Jahrestagung in Stuttgart	27
7.3	Deutscher Naturschutztag 2008 in Karlsruhe	27
8	VERÖFFENTLICHUNGEN/LITERATUR/INTERNET.....	28

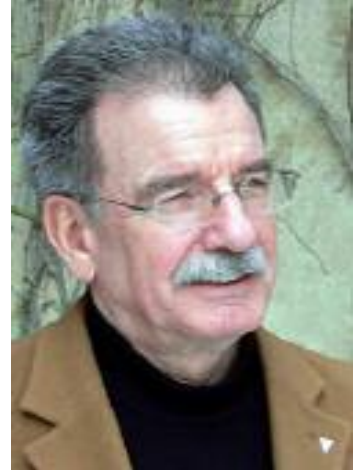
Vorwort

Liebe Natur- und Umweltschützer, geehrte Damen und Herren,

unsere Natur als Kulisse für den Tourismus kann einem Leid tun. Da werden Skihallen geplant (Maße: L=500 m, B= 80 m, H = 15 m, ergo: 600.000 cbm umbauter Raum), die künstliche Beschneieung mutiert vom Ausnahme- zum Normalfall und ganz Clevere erfinden „Erlebniswelten“, bei denen sie nicht nur alte Ortskerne zum Disneylände deformieren, sondern auch mit einer „Vergnügungsbahn“ (so lautet der behördliche Fachausdruck!) jährlich rund eine Million Touristen durch eine geschützte Waldlandschaft karren wollen.

Wer dazu Näheres wissen will, kann sich im Internet unter www.erlebniswelt-triberg.de den ganzen Strauß des blühenden Unsinns ansehen. Ich rate Ihnen: Nehmen Sie sich die Zeit zum Studium der Pläne der Stadt Triberg.

Sie werden sehen, dass der Wahnsinn dort Methode hat und dass es Schildbürger nicht nur in Schilda gibt!



Man könnte solche „Eventvorhaben“ angesichts unserer Naturschutz-ambitionierten Regierung/en und angesichts offenkundiger Fehl kalkulationen als Spinnereien abtun; man tut sich allerdings schwer damit, wenn ein Gemeinderat fast einstimmig – es gab nur eine Gegenstimme – für das Monstrumvorhaben stimmt und wenn auch Landratsamt samt Regierungspräsidium wohlwollende Kommentare abgeben! Es war - und das gilt bis heute – bisher jedenfalls der LNV allein, der öffentliche Kritik geübt hat und auf die enormen Risiken verwiesen hat, die das Vorhaben für die Stadt Triberg und die Naturflächen zwischen Stadtkern und den bekannten Triberger Wasserfällen mit sich bringt.

Dabei könnte die so genannte „große Politik“ in Fällen, wo Planungen von Kommunen nahezu allen Vorstellungen der regionalen Planung, der Landesentwicklung und last but not least auch den Naturschutzgesetzen widersprechen, die kommunalen Entscheidungsträger durchaus vor der Blamage eines späteren Versagens einer Genehmigung schützen: Sie müssten nur frühzeitig öffentlich Laut geben: Wo ist die kritische Stimme des Wirtschaftsministeriums, das sich für die Tourismusförderung zuständig sieht? Warum schweigt der für den Naturschutz zuständige Minister? Wie stehen die Tourismusverbände – hier vor allem die Schwarzwald Tourismus GmbH - wie der Vorstand des Naturpark Südschwarzwald, dessen Mitglied Triberg ist, zu den Plänen?

Schweigen im Walde! Nach bewährter Manier hält man sich bedeckt, will sich mit niemandem anlegen, schon gar nicht mit Leuten, die offenbar bereit sind, Millionen in ein solches Projekt zu stecken! Geld stinkt nicht? Ich finde, es stinkt hier ganz gewaltig. Ich hoffe, dass es nicht bei unserer Kritik allein bleibt. Ich hoffe, dass alle, die die Nachhaltigkeit stets im Munde führen, sich zu Wort melden. Vielleicht gibt es dann in einem Disput, bei dem nicht allein wir das Nachhaltigkeits-Fähnchen hoch-

halten, sogar jemanden aus der Riege der Cleveren, der sich mal mit der Frage beschäftigt, was denn aus dem ganzen Kitsch, mit dem man Triberg verunstalten will, werden soll, falls der ganze Plan sich als wirtschaftliches Desaster herausstellen sollte. Eine „Zweitverwendung“ für die nachgemachten Schwarzwald-Kuckucksuhren-Häuschen gibt es nämlich nicht. Gehen die Betreiber der Erlebniswelt Pleite, kann man abreißen, auch das überdimensionale Dach, mit dem die Erlebniswelt wetterfest gemacht werden soll.

Eine solche Pleite wünsche ich der Stadt Triberg und seiner Bürgern natürlich nicht! Was ich allen Tribergern allerdings wünsche, ist ein wenig mehr kühlen Verstand und den Mut, eine zentrale Frage objektiv durch wirklich neutrale Tourismusgutachter beantworten zu lassen: Ist die Lage von Triberg, seine Verkehrssituation, seine Anbindung an das Straßen- und Autobahnnetz ideal für einen Vergnügungspark? Fakt ist, dass alle erfolgreichen Parks dieser Art in unmittelbarer Nähe von Autobahnen und / oder Großstädten liegen, so zum Beispiel der sehr erfolgreiche Europapark in Rust nahe Freiburg. Um aber von Freiburg nach Triberg zu kommen, braucht man bei günstigsten Straßen- und Verkehrsverhältnissen mehr als eine Stunde, von der fehlenden direkten Bahnverbindung ganz zu schweigen!



Ich möchte Ihnen vorschlagen, sich neben dem Internet-Auftritt der Stadt Triberg auch einmal die Stadt selbst anzusehen. Gelegenheit dazu bietet sich an Weihnachten, wo zwischen dem 25. und 30. Dezember 2007 der „Triberger Weihnachtszauber“ zum wiederholten Mal stattfindet. Sie haben dann Gelegenheit, einen kleinen Vorgeschmack auf die Erlebniswelt zu bekommen, denn es erwartet sie neben „Show & Live-Musik“ auch die „Winteröffnung des Wasserfalls“ sowie eine „Spektakuläre Show direkt im Wasserfall“. Dies zumindest verspricht die Stadt Triberg seinen weihnachtlichen Gästen.

Ich grüße Sie alle herzlich!

Ihr

Reiner Ehret
Vorsitzender

1 Aus der Arbeit des LNV

(Die ausführlichen Stellungnahmen können auf unserer Homepage eingesehen oder bei unserer Geschäftsstelle angefordert werden).

1.1 LNV und Forst-Verwaltungsreform

In einer mehrseitigen Stellungnahme hat der LNV in scharfer Form gegen die Folgen der Verwaltungsreform in der Forstverwaltung protestiert und sich gegen eine mögliche weitere Umstrukturierung der Forstverwaltung gewandt, wie sie in einem Gutachten zur Evaluation der Verwaltungsreform vorgeschlagen wird. Das Schreiben an Ministerpräsident Oettinger und Minister Hauk fordert stattdessen, genügend junge Forstbeamte zur langfristigen Wahrnehmung aller im Wald anfallenden Aufgaben – also auch Naturschutz und Erholung – einzustellen, ferner die Festlegung ökologischer Mindeststandards, die bei der Bewirtschaftung aller Waldbesitzarten gelten muss.

1.2 Ökokonto

In einem Brief an Minister Hauk beklagt der LNV den augenblicklichen Stillstand bei der geplanten Umsetzung des laut Naturschutzgesetz vorgesehenen Ökokontos. Er befürchtet eine Überbürokratisierung und unnötigen Perfektionismus und warnt vor einer völligen Entkoppelung von Ausgleich und Eingriff. Der LNV sieht jedoch auch eine Chance darin, dass mit dem Ökokonto automatisch ein Controlling der Ausgleichsmaßnahmen erfolgt und damit das „skandalöse Umsetzungsdefizit“ behoben wird. Ferner gesteht er zu, dass bis zu einem gewissen Maß ein Schutzgut übergreifender Ausgleich praktiziert werden kann. Entschieden wendet sich der LNV gegen die Anrechnung so genannter „Sowieso-Maßnahmen wie zum Beispiel die Umwandlung von standortwidrigen Fichten- in Laub-/Mischwälder.



1.3 Luchsentschädigungsfond

Der LNV hat einer „Vereinbarung zum Entschädigungsfonds Luchse in Baden-Württemberg“ zugestimmt, allerdings um einen unbürokratischere Verfahrensablauf gebeten.

1.4 Erste Überlegungen für ein Umweltschadens-Landesgesetz

In seiner Stellungnahme fordert der LNV vor allem, Land- und Forstwirtschaft beim Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln nicht von möglichen Schadenskosten zu befreien. Der LNV teilt nicht die Überlegungen des Umweltministeriums, Land- und Forstwirten von der Haftung für Sanierungskosten freizustellen, die Umweltschäden mit Pflanzenschutzmitteleinsatz verursachen. Zwar empfiehlt das Umweltministerium, die Kostenbefreiung nur für den Fall, dass es sich um ein amtlich zugelassenes Pflanzenschutzmittel handelt, das zudem korrekt eingesetzt wurde. Dennoch sieht der LNV keine Regelungsnotwendigkeit. Es kann in diesem Fall Ähnliches gelten wie bei fehlerhafter behördlicher Genehmigung (Amtspflichtverletzung): Der Verursacher kann die Sanierungskosten bei der Genehmigungsbehörde, also der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, geltend machen. Sollte

diese das Mittel aufgrund fehlerhafter Angaben des Herstellers zugelassen haben, ist der Hersteller in die Haftung zu nehmen.

1.5 Biosphärengebiet Schwäbische Alb

In seiner Stellungnahme zum Verordnungsentwurf des Biosphärengebiets begrüßt der LNV die Beteiligung weiterer Gemeinde(-gebiete). Neben einigen formalen Korrekturen fordert er u. a. die Ausweisung der Kernzonen als Naturschutzgebiet, ein generelles Verbot für das Befahren der Wege mit Fahrzeugen aller Art und das Untersagen jeglicher Nutzung in der Kernzone.

Aus LNV-Sicht ist die Verknüpfung der Ausweisung von zugelassenen Wegen (oder anderen Nutzungen wie die forstliche, s.u.) in der Kernzone mit dem Termin der UNESCO-Anerkennung rechtlich nicht korrekt und zeitlich unbestimmt. Es handelt sich beim vorliegenden Verordnungsverfahren um die Errichtung eines Biosphärengebiets ausschließlich nach Landesrecht, so dass die notwendigen Regelungen auch abschließend nach Landesrecht festgelegt werden müssen. Sie können nicht an eine UNESCO-Anerkennung gekoppelt werden. Vielmehr wird die UNESCO ihre



Entscheidung über eine Anerkennung davon abhängig machen, ob das Land eine klare Zonierung mit

klaren Schutzzwecken nach landesrechtlichen Vorgaben erlassen hat. Die generelle Freigabe aller bisher begangenen Wege in der Kernzone bis zur UNESCO-Anerkennung dient dem Schutzzweck Prozessschutz sicher nicht. Nach Ansicht des LNV sollte das Betreten der Kernzonen auf ausgewiesenen Wegen daher möglichst umgehend geregelt werden – unabhängig von der UNESCO-Anerkennung!

1.6 Umweltplan

In seiner 18-seitigen Stellungnahme übt der LNV deutliche Kritik: Er hält den Planentwurf für einseitig, schwammig, zu wenig auf Schwerpunkte ausgerichtet und von einer finanzpolitischen Beliebigkeit geprägt. Zudem fehle die Stimmigkeit mit der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes.

1.7 Durchführungsverordnung des Landesjagdgesetzes

Der LNV lehnt die Fütterung und Kirschung von Schwarzwild grundsätzlich ab, weil sie zu einem Populationsanstieg beim Schwarzwild führt. Der LNV fordert daher ein Fütterungs- und Kirschungsverbot, wie dies § 20 Abs. 5 Nr. 2 des Landesjagdgesetzes (LJagdG) als Möglichkeit vorsieht. Der Ersatz einer pauschalen 800m-Regelung durch eine fachlich begründete Gebietsabgrenzung, in der keine Kirschmittel ausgebracht werden dürfen, wäre zu begrüßen. Es ist für den LNV jedoch nicht hinnehmbar, dass mit der neuen Regelung neue Flächen für das Kirren freigegeben werden sollen. Im Südschwarzwald bedeutet dies etwa, dass von ursprünglich rund 109.000 ha Fläche mit Kirrverbot nur 52.000 ha verbleiben, obwohl gerade hier die Auerhuhnpopulation stark zurückgeht. Der LNV weist vorsorglich auf die Vogelschutzrichtlinie der EU von 1979 hin, die ein Verschlechterungsverbot auch für Auerhuhnvorkommen seit 1981 festlegt!

2 Landesthemen

2.1 2.258-stimmiger Chor gegen Gentechnik in Leingarten

Ein dickes Paket aus Leingarten (Kreis Heilbronn) hat heute in Berlin die Vorsitzende des Bundestags-Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ulrike Höfken MdB, erhalten: 2.258 Unterschriften gegen den Anbau von gentechnisch verändertem Mais in Leingarten übergab der Naturschutzbund NABU im Namen des "Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft im Kreis Heilbronn". Minister Horst Seehofer hatte die Annahme des Pakets zuvor verweigert. Bereits 2006 hatte das Aktionsbündnis über 10.000 Unterschriften und rund 1.400 Einzelanmeldungen an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) übergeben. Das Aktionsbündnis kritisiert, dass für die Betroffenen vor Ort jegliches demokratische Mitspracherecht fehlt.

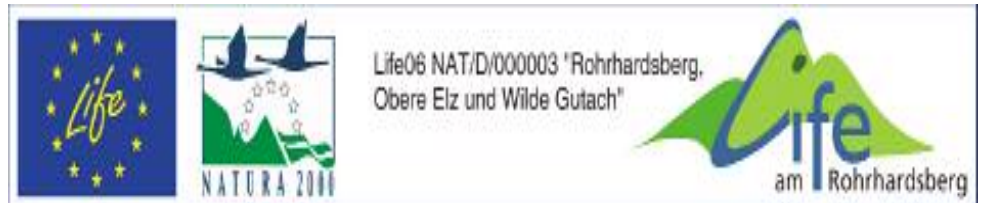
Die Saatgutfirma Monsanto möchte in Leingarten zwei verschiedene Genmais-Sorten zugleich anbauen. Da jedoch nur für eine Sorte die Genehmigung vorliegt und der Widerstand in der Bevölkerung sehr groß ist, hat der Konzern bislang keinen Genmais ausgesät.

2.2 Rohrhardsberg ist LIFE-Projekt

Im Rahmen des Naturschutzprojekts Life „Rohrhardsberg, Obere Elz und Wilde Gutach“ werden bis 2011 im Gebiet um den Rohrhardsberg im Mittleren Schwarzwald rund 1,9 Millionen Euro investiert, die zu 50% von der EU ko-finanziert werden.

Der Projektantrag erreichte bei der Bewertung aller 230 eingegangenen Anträge aus den EU-Mitgliedstaaten im Jahre 2006 durch die EU-Kommission Platz 21, unter den acht deutschen Anträgen den ersten Platz.

Ziele des Projekts sind unter anderem die Entwicklung,



Optimierung und Vernetzung wertvoller Naturlebensräume und die Sicherung und Entwicklung lebensfähiger Populationen von Auer- und Haselhuhn. Besonderes Augenmerk wird auf die Beteiligung und Einbindung der örtlichen Bevölkerung bei der Umsetzung von Maßnahmen im Natura 2000-Gebiet gerichtet. So werden Maßnahmen des Projektes mit örtlichen Land- und Forstwirten umgesetzt. Bildungs- und Qualifizierungsangebote wenden sich an Schulklassen oder an interessierte Bürger.

2.3 Gebäudeenergiepass und der BW-EnergieSparCheck

Ab Januar 2008 wird für Wohngebäude ein verpflichtender Gebäudeenergiepass vorgeschrieben. Das Umweltministerium will auch im kommenden Jahr an der Förderung des in Baden-Württemberg bereits eingeführten EnergieSparChecks festhalten, weil dieser nach dessen Auffassung die künftigen Anforderungen an den Gebäudeenergiepass erfüllt. Mit dem Pass soll erkennbar sein, ob mit eher hohen oder niedrigen laufenden Kosten zu rechnen ist. Die energetische Bewertung kann damit zum sichtbaren Qualitätsmerkmal einer Wohnimmobilie werden. Bedauerlich ist laut UM dass sich der Bund nicht wenigstens für kleinere Gebäude konsequent für den aus-

sagekräftigen Energiebedarfsausweis entschieden habe, sondern auch hier für neuere Gebäude als Alternative den stark nutzerabhängigen Verbrauchspass zulassen will.

Die Energieausweispflicht betrifft alle Immobilienbesitzer, die eine Wohnung neu vermieten oder eine Immobilie verkaufen wollen. Für geschätzte 700.000 Wohngebäude im Land muss in den kommenden fünf Jahren ein solcher Ausweis ausgestellt werden. Der im Land eingeführte EnergieSparCheck beinhaltet dazu noch eine individuelle persönliche Beratung. Für Ein- und Zweifamilienhäuser soll es dafür weiterhin eine Förderung von 100 Euro geben. Der Hausbesitzer bezahle ebenfalls 100 Euro, den Rest übernimmt der Energieberater. Damit soll laut UM auch für selbst genutzten Wohnraum der Anreiz aufrechterhalten werden, eine Energiediagnose durchzuführen.

2.4 Kommt im Land die "Öko-Pflicht" für Wohngebäude ?

Der Landtag Baden-Württemberg hat im Oktober in erster Lesung den Entwurf eines 'Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes' beraten. In Baden-Württemberg soll danach ab kommendem Jahr als bundesweit erstem Bundesland eine "Öko-Pflicht" bei der Wärmeversorgung in Wohngebäuden eingeführt werden. Umweltministerin Tanja Gönner warb um Zustimmung zu den mit dem Gesetzesvorhaben verfolgten Zielen und eine konstruktive Auseinandersetzung im weiteren Gesetzgebungsverfahren. "Es ist überfällig, dass den vielen Ankündigungen beim Klimaschutz auch Taten folgen. Es sollte gelingen, die Ziele, die mit dem Gesetzesvorhaben verfolgt werden, zu einer gemeinsamen Sache zu machen. Davon ginge das wichtige Signal aus, dass das Land den Klimaschutz ernst nimmt."

Nach dem Gesetzentwurf muss die Wärmeversorgung bei Neubauten, für die ab 1. April 2008 die Bauunterlagen erstmalig eingereicht werden, dann zu mindestens 20 Prozent über erneuerbare Energien wie Sonnenenergie, Erdwärme und Wärmepumpen oder Biomasse gedeckt werden. Für den Gebäudebestand soll ab 2010 ein Anteil regenerativer Energien von zehn Prozent vorgeschrieben werden, der immer dann erfüllt werden müsse, wenn es zum Austausch der Heizungsanlage kommt. Ersatzweise könne die Verpflichtung durch eine verbesserte energetische Dämmung erfüllt werden. Bereits bestehende Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien sol-



len berücksichtigt werden. Ist der Einsatz solarthermischer Anlagen aus technischen Gründen nicht möglich, soll der Hauseigentümer von der Verpflichtung außerdem befreit werden. Nach drei Jahren sollen die Erfahrungen mit dem neuen Gesetz bewertet und dann darüber entschieden werden, ob und an welchen Stellen es sinnvoll ist, nach zu justieren. In diesem Zusammenhang solle auch eine mögliche Ausweitung auf Büro- und Firmengebäude geprüft werden. Das Finanzministerium wurde außerdem

beauftragt bis Mitte kommenden Jahres ein Konzept zur energetischen Optimierung der Liegenschaften des Landes auszuarbeiten.

Der Gesetzentwurf sowie die wichtigsten Fragen und Antworten im Internet: www.umweltministerium.baden-wuerttemberg.de (Stichwort: Wärmegesetz).

2.5 Informationsprogramm 'Zukunft Altbau'

Das Umweltministerium hat ein neues Informations- und Beratungsprogramm 'Zukunft Altbau' zur energetischen Modernisierung von Wohngebäuden sowie ein mit jährlich drei Millionen Euro ausgestattetes neues Klimaschutzförderprogramm 'Wohnen mit Zukunft' gestartet. Das Beratungsprogramm soll der wachsenden Nachfrage nach unabhängigen Informationen gerecht werden und die energetische Modernisierung in Wohngebäuden weiter voranbringen. Laut UM werden ein Drittel der landesweiten Emissionen des klimaschädlichen Treibhausgases Kohlendioxid durch Heizen und Warmwasserbereitung in Wohngebäuden verursacht, woran ganz wesentlich alte Bausubstanz mit einer ineffizienten Nutzung von Energie beteiligt ist. Durch eine Optimierung der Wärmedämmung könnten bei älteren Wohngebäuden vielfach 50 Prozent und mehr Energie eingespart werden. Investitionen rechneten sich damit bereits häufig nach wenigen Jahren.



Das Informations- und Beratungsprogramm 'Zukunft Altbau' will deshalb über das Internet vor allem jüngere Zielgruppen erreichen." Faltblätter informierten außerdem über unterschiedliche Modernisierungsschwerpunkte. Über eine kostenlose Telefonhotline werde ergänzend eine individuelle Beratung gewährleistet. Näheres siehe unter www.zukunftaltbau.de.

2.6 Neues Klimaschutzprogramm

Laut UM seien im Bereich von Wohngebäuden die erneuerbaren Energien weiterhin deutlich unterrepräsentiert, vor allem im Wärmesektor besteht weiterhin ein großer Nachholbedarf. Deshalb stellt das Land insgesamt drei Millionen Euro jährlich für das neue Förderprogramm „Wohnen mit Zukunft: Erneuerbare Energien“ bereit. Gefördert wird das ganze Spektrum der erneuerbaren Energien in der Wärmeerzeugung: Von solarthermischen Anlagen über Holzheizungen oder andere Bioenergieanlagen bis hin zu Erdwärmenutzung und Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung. Das Programm ist sowohl für Neubauten wie auch für bestehende Wohngebäude offen. Flankierend gibt es hierfür zinsverbilligte Darlehen über die Landesbank und die Hausbanken. Antragsunterlagen gibt es ab sofort bei den Banken oder über das Internet: www.L-Bank.de

Kritik hierzu kommt von den GRÜNEN: Bisherige Programme schaffe man ab und mit weniger Geld werden neue aufgelegt, die auch noch als wegweisend verkauft werden. Die GRÜNEN weisen darauf hin, dass 2003 noch 4,7 Mio. für energetische Altbausanierung im Land zur Verfügung standen. Mittlerweile ist das Programm verschwunden und mit einem „3-Millionen-Programmchen“ ersetzt, das nur für etwa 4.000 von vier Millionen Haushalten in Baden-Württemberg reicht.

Der BUND-LV findet das neue Programm der Landesregierung ‚Wohnen mit Zukunft‘ im Grundsatz zwar gut, aber auch er kritisiert, dass dieses finanziell viel zu knapp ausgestattet ist, es sei nicht ehrgeizig genug. Es reicht nicht aus, einige Tonnen Kohlendioxid zu sparen, man muss Millionen Tonnen Kohlendioxid einsparen. Der BUND fordert deshalb das Land auf, mehr Geld für den Klimaschutz bereit zu stellen und dort, wo Förderprogramme nicht greifen, ordnungs- oder steuerrechtliche Vorgaben zu machen.

2.7 Erhöhte Werte der Industriechemikalie PFT in Klärschlamm

Das UM berichtet, dass im Klärschlamm von 26 von 80 untersuchten Kläranlagen des Landes erhöhte Werte der als gesundheitsschädlich und krebserregend eingestuften perfluorierten Tenside (PFT) festgestellt wurden. Die PFT-Werte lagen in den betroffenen Anlagen bei über 100 Mikrogramm pro Kilogramm getrockneten Klärschlamm; der Höchstwert habe bei 5.136 Mikrogramm gelegen. Bei acht der Anlagen, bei denen erhöhte PFT-Werte festgestellt wurden, hat eine Bodenverwertung des Klärschlammes im Landschaftsbau oder in der Landwirtschaft stattgefunden. Die



örtlichen Behörden haben inzwischen eine weitere Aufbringung des Klärschlammes untersagt. Bei den Untersuchungsdaten handelt es sich um die ersten Zwischenergebnisse eines Anfang des Jahres von Umweltministerium und LUBW (Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg) gestarteten Untersuchungsprogramms zur Ermittlung des Vorkommens der Industriechemikalie PFT in der Umwelt.

2.8 Start für bundesweit erstes regionales Hochwasserfrühwarnsystem

Mit dem neu entwickelten und bundesweit bislang einzigartigen Hochwasserfrühwarnsystem sollen Bürgerinnen und Bürger wie auch die örtlichen Behörden vor regional auftretenden und lokal begrenzten Hochwassergefahren gewarnt werden. Der Klimawandel führe laut UM zu einer Zunahme von Wetterextremen. In den vergangenen 30 Jahren hätten Hochwasserereignisse im Land bereits um etwa 20 Prozent zugenommen. Vor allem regional begrenzte Starkregenereignisse häufen sich. Der Vorsorge komme beim Hochwasserschutz eine Schlüsselrolle zu. Durch eine gezielte Gefahrenabwehr könnten drohende Schäden minimiert oder ganz abgewendet werden. Bisher hat es laut UM in kleinen Einzugsgebieten an der notwendigen und vor allem frühzeitigen Information gefehlt. Deshalb wurde das Hochwasservorhersagesystem weiter verfeinert und auf kleine Fluss- und Einzugsgebiete erweitert.

Für die Abschätzung der regionalen Gefahrenlage würden meteorologische Daten und Vorhersagen mit hydrologischen Modellen verknüpft. Die Frühwarnkarten werden alle drei Stunden aktualisiert und beziehen sich jeweils auf die Hochwassergefahr in den nächsten 24 beziehungsweise 48 Stunden.

Ebenfalls zur weiteren Verbesserung der Hochwasservorsorge werden derzeit landesweit flächendeckend entlang der Fließgewässer Hochwassergefahrenkarten erstellt. Hier kann genau abgelesen werden, welche Ortsteile, Straßen und Häuser bei welchem Pegelstand von einer Überflutung bedroht sind. Bis 2010 soll das Projekt abgeschlossen werden. Insgesamt 68 Millionen Euro stellt das Land in diesem Jahr allein für den technischen Hochwasserschutz zur Verfügung.

Die Frühwarnungen sind im Internet unter www.hvz.lubw.baden-wuerttemberg.de/ → Lageberichte/Warnungen → HW-Frühwarnung für kleine Einzugsgebiete abrufbar. Näheres auch unter <http://www.timisflood.net/de>

2.9 Atomaufsicht stellt sich erstmals internationaler Überprüfung

Ein Expertenteam aus dem Ausland wird im Bundesumweltministerium und im Umweltministerium Baden-Württemberg prüfen, wie die Behörden ihre Aufgaben zur Atomaufsicht wahrnehmen. Die Bundesregierung hat die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) eingeladen, Mitte 2008 eine Überprüfung der Atomaufsicht von Bund und Ländern in Deutschland durchzuführen. Ein Team von etwa zwölf erfahrenen Behördenexperten aus dem Ausland wird für etwa zwei Wochen im Bundesumweltministerium und im Umweltministerium Baden-Württemberg prüfen, wie die Behörden ihre Aufgaben zur Aufsicht über die Sicherheit der Atomkraftwerke wahrnehmen. Hierzu wurde bei der IAEO in Wien gemeinsam ein systematisches Prüfverfahren entwickelt.

Die Überprüfung der atomrechtlichen Aufsichtsbehörden, die IRRS-Missionen (IRRS= Integrated Regulatory Review Service) der IAEO, finden gegenwärtig in vielen Staaten, in denen Atomkraftwerke betrieben werden, statt.

Die Verantwortung für die Sicherheit der Atomkraftwerke in Deutschland liegt zu allererst bei den Betreibern. Im Auftrag des Bundes (Bundesaufsichtsverwaltung) sind die jeweiligen Landesbehörden für die Atomaufsicht, u. a. für die Genehmigung der Anlagen, zuständig. Die staatlichen Behörden haben darüber zu wachen, dass der gesetzlich geforderte und in den behördlichen Genehmigungen weiter konkretisierte Schutz gewährleistet wird. Dies erfordert kompetente, unabhängige und durchsetzungsfähige atomrechtliche Behörden.



Der Überprüfungsprozess der IAEO reicht bis in das Jahr 2010. Folgerungen aus der Mission sind bis 2010 umzusetzen und bei einer IRRS-Folgemission darzulegen.

2.10 Umweltplan

Der Umweltplan der Landesregierung ist in den Augen der GRÜNEN „ein zahnloser Tiger ohne Biss“. Kurz vor der Präsentation des Umweltplanes hatten bereits Ministerpräsident Oettinger und Finanzminister Stratthaus mit der Vorstellung der Eckdaten zum Nachtragshaushalt klar gemacht, dass die Landesregierung trotz heftiger sprudelnder Steuereinnahmen keinen müden Euro mehr für Klimaschutz und andere dringende umweltpolitische Maßnahmen zur Verfügung stellt, wohl aber für Straßenbau und umstrittene Projekte wie Stuttgart 21.

Um die Ziele einfacher zu erreichen, wurden in vielen Bereichen einfach die Zielvorgaben herabgesetzt. So wurden die ursprünglichen Ziele etwa beim Lärmschutz als "überehrgeizig" disqualifiziert und aufgegeben, die Ziele für eine flächendeckende Durchgängigkeit von Fließgewässern bis 2027 als unerreichbar abgespeckt, beim Flächenverbrauch war der teilweise zu verzeichnende Rückgang lediglich eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich längst wieder umgekehrt hat. Auch auf Vorschläge des Nachhaltigkeitsbeirates und der GRÜNEN, den Flächenverbrauch mittels Flächenzertifikaten in den Griff zu bekommen, geht die Landesregierung nicht ein.

2.11 Landesweite Abfallbilanz 2006

Das Abfallaufkommen im Land stagniert mit 1,9 Millionen Tonnen in etwa auf dem Vorjahresniveau. Mit 147 Kilogramm Haus- und Sperrmüll pro Einwohner und Jahr hat BW bundesweit das niedrigste Abfallaufkommen.

In der regionalbezogenen Auswertung zeige die Abfallbilanz erneut große Unterschiede auf. Bei den Kernstädten in Ballungsräumen liege Heidelberg mit 170 Kilo-

gramm Haus- und Sperrmüll pro Einwohner vorne. In den Kreisen des ländlichen Raumes sei das Pro-Kopf-Abfallaufkommen am geringsten. Diese Gruppe werde vom Landkreis Freudenstadt mit 66 Kilogramm angeführt, dicht gefolgt vom Main-Tauber-Kreis mit 72 Kilogramm und dem Landkreis Sigmaringen mit 83 Kilogramm. Etwa zehn Prozent des Abfalls können nicht im Land entsorgt werden. Für das Jahr 2007 zeichnen sich hinsichtlich der Abfallentsorgung Engpässe ab, weil inzwischen die Stilllegung der Anlage in Heilbronn und in Buchen erfolgt ist. Zusätzliche Kapazitäten für mindestens 170.000 Tonnen Abfall müssen deshalb in den kommenden Jahren bis zum Aufbau von Kapazitäten im Land in benachbarten Ländern gesichert werden. Ministerin Gönner will trotz des Engpasses auch weiterhin strikt am so genannten Autarkiegebot festhalten und das Ziel verfolgen, wonach im Land anfallender Abfall zur Beseitigung auch im Land entsorgt werden müsse. Außerdem will das UM die energetische Nutzung von Abfällen verstärkt ausbauen.

Abfall lohnt sich zunehmend als Ressource. So sind die Preise für aus Abfällen gewonnene Wertstoffe in den vergangenen Jahren teilweise im zweistelligen Prozentbereich gestiegen. Selbst beim Altpapier habe der Preis von 50 Euro pro Tonne im Jahr 2006 auf aktuell 70 bis 80 Euro pro Tonne angezogen. Im Land wurden von den Kreisen im vergangenen Jahr rund 900.000 Tonnen Altpapier eingesammelt.

www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/36137/Anlagen_Abfallbilanz_2006.pdf?command=downloadContent&filename=Anlagen_Abfallbilanz_2006.pdf

2.12 Waldgesetz erlaubt Ausnahmen für MTB-Strecken

Das geltende baden-württembergische Landeswaldgesetz lässt Mountainbike-Strecken und Trails im Wald zu. Darauf hat die Landesregierung in ihrer Stellungnahme zu einer Parlamentsinitiative des SPD-Abgeordneten Dr. Rainer Prewo hingewiesen, die das Mountainbiking durch eine Änderung des Waldgesetzes und freiwillige Vereinbarungen zwischen den Beteiligten erleichtern wollte.



Die Landesregierung hält eine Änderung des Waldgesetzes nicht für erforderlich, weil die Forstbehörde bereits jetzt Ausnahmen von den Beschränkungen für das Radfahren im Wald, etwa von der Wegebreite, zulassen kann. Kommunen können in ihrem Wald in Zusammenarbeit mit der örtlich zuständigen Forstbehörde ein Mountainbike-Wegenetz ausweisen, und zwar entweder durch ein geregeltes Miteinander der Erholungssuchenden oder durch gezielte Trennung der verschiedenen Nutzungsarten im Wald.

2.13 Neue Zuständigkeit von Genehmigung und Aufsicht über Kernenergie

Die Landesregierung hat im Juli die Zuständigkeiten für die Genehmigung von Kernenergieanlagen und deren Aufsicht mit einer Neufassung der atomrechtlichen Zuständigkeitsverordnung neu geordnet. Damit wird die nach der Landtagswahl 2006 erfolgte Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien rechtlich nachvollzogen. Mit der Neuordnung wird dem Umweltministerium ergänzend zur Kernenergieaufsicht auch die Zuständigkeit für Genehmigungen übertragen. Dies betrifft unter anderem atomrechtliche Änderungsgenehmigungen für die Kernkraftwerke Neckarwestheim und Philippsburg sowie Stilllegungsgenehmigungen für das im Jahr 2005 vom Netz gegangene Kernkraftwerk Obrigheim. Bisher war hierfür das Wirtschaftsministerium zuständig.

Die Aufgaben der Bauaufsicht werden dagegen weiterhin vom Wirtschaftsministerium als oberste Baubehörde wahrgenommen. Das Innenministerium bleibt außerdem in atomrechtliche Genehmigungsverfahren weiterhin eingebunden, um etwaige Belange des Katastrophenschutzes, des abwehrenden Brandschutzes sowie des erforderlichen Schutzes gegen Störmaßnahmen oder sonstiger Einwirkungen Dritter prüfen zu können.

2.14 Initiative Gentechnikfreie Region Odenwald-Unterer Neckar gegründet

Bereits seit längerer Zeit beschäftigten sich die Landwirte des Demeter-Arbeitskreises (AK) Badischer Odenwald mit den Gefahren gentechnisch veränderter Pflanzen auf Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucher. Die in diesem Jahr durchgeführten Freilandversuche im Heidelberger Raum haben diese Bedenken noch verstärkt. Als Reaktion darauf rief der Arbeitskreis bei seiner letzten Sitzung die Initiative Gentechnikfreie Region Odenwald-Unterer Neckar ins Leben. Sie wollen sich für den besonderen Reiz des Odenwalds und des Neckartals einsetzen, der durch einen landwirtschaftlichen Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen bedroht ist. Ein Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik stärkt nach Aussage der Initiative die Anziehungskraft der Region für den Tourismus. Die Tradition des rücksichtsvollen Miteinanders von Landwirten, Lebensmittelproduzenten und Verbrauchern in der Region werde bewahrt und ausgebaut.

Nähere Infos zum Treffen und Arbeitskreis bei Dieter Theisen-Niedermeier, Im Grund 8, 69427 Mudau-Reisenbacher Grund, Tel: 06284/1886

2.15 BUND warnt vor Übernutzung der Wälder in Baden-Württemberg

Mit der Nachfrage ist auch der Preis für Holz zeitweise um mehr als 30 Prozent gestiegen. Die Folge: In den Wäldern Baden-Württembergs ist eine regelrechte Goldgräberstimmung ausgebrochen - im Wald herrscht Hochbetrieb über alle Besitzarten hinweg. Statt die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften, das heißt einen großen Bestand an alten Bäumen zu erhalten, werden laut BUND-LV die Bäume rigoros gefällt. Dabei bleibt der Naturschutz auf der Strecke,



denn die Motorsägen machen auch vor den strukturreichen Buchenwäldern als wesentliche Träger der Biodiversität nicht Halt. Selbst Horst- und Höhlenbäume, in denen Vögel brüten und die durch das Naturschutzgesetz sowie die Fauna-Flora-Habitat (FFH-) Richtlinie geschützt sind, werden rücksichtslos gefällt. Während sich die Holzvorräte in Baden-Württemberg insgesamt laut Bundeswaldinventur in den vergangenen Jahren erhöht haben, sanken die Vorräte im Staatswald. Die Waldforschung zeigt, dass natürliche Wälder mehr als doppelt so große Holzvorräte aufweisen wie es derzeit in deutschen Wäldern der Fall ist. Trotzdem will die Forst- und Holzindustrie den Holzvorrat schneller abbauen als es die Nachhaltigkeit erlaubt. Im letzten Jahr wurden im Staatswald 9 Kubikmeter Holz je Hektar Waldfläche eingeschlagen. Der nutzbare Zuwachs liegt aber lediglich bei rund 7 m³/ha/a laut Hiebsatz (=nachhaltiges Nutzungspotenzial) der landeseigenen Forsteinrichtung bzw. maximal bei 8,3 m³/ha/a laut Bundeswaldinventur. Der BUND forderte die Staatsforstverwaltung daher auf, den Naturschutz und die Nachhaltigkeit ernster zu nehmen und zumindest den Einschlag in alten FFH-Wäldern zu reduzieren und somit den Anteil

struktureicher Wälder zu erhöhen. Außerdem dürften weder Großsägewerke noch Überkapazitäten in der Säge- und Holzindustrie gefördert werden.

2.16 LJV und NABU kritisieren den Wegfall der Flächenstilllegung

Der NABU –LV und der Landesjagdverband Baden-Württemberg (LJV) sehen mit großer Sorge die Abschaffung der obligatorischen Flächenstilllegung in der Landwirtschaft durch die EU. Die Anzahl der Wildtiere in der Agrarlandschaft wird weiter drastisch sinken, da die stillgelegten Flächen unverzichtbare Lebensrauminselfür



viele Wildtiere sind. NABU und LJV fordern die Landesregierung auf, das jetzt wegfallende Instrument durch eine "Ökologische Flächenstilllegung" im Rahmen der Agrarförderung des Landes zu ersetzen und sich bei der Erarbeitung des Bundes-Umweltgesetzbuches für mehr Naturschutzvorgaben bei der landwirtschaftlichen Produktion stark zu machen. Zusätzlich sollten neue Module in das baden-württembergische Agrarumweltprogramm aufgenommen werden. "

2.17 Ergebnisse der landesweiten Grundwasserüberwachung

Die Grundwasservorräte haben sich nach dem trockenen Jahr 2003 wieder erholt und die Grundwasserspiegel das langjährig durchschnittliche Niveau erreicht.

Trotz der auch in Baden-Württemberg zunehmend spürbaren Auswirkungen des Klimawandels bestehe laut UM derzeit kein Anlass zu befürchten, dass die Wasserversorgung in absehbarer Zukunft gefährdet sein könnte. Jahreszeitliche Verschiebungen in den Niederschlägen seien nach den vorliegenden Klimaprognosen in den kommenden Jahrzehnten allerdings zu erwarten. So könnten in den Wintermonaten die Regenmengen um bis zu 30 Prozent zunehmen, während in den Sommermonaten eine deutlichen Zunahme längerer Trockenperioden zu erwarten sei.

Sorge bereitet dem UM die trotz einem fallenden Trend weiterhin hohe Belastung des Grundwassers mit Nitrat, so Umweltministerin Gönner. Die Qualitätsnorm der EU von höchstens 50 Milligramm Nitrat pro Liter Grundwasser wird immer noch an jeder neunten Messstelle überschritten. Ferner werden mit Sorge die Funde von Abbauprodukten von zwei häufig eingesetzten Pflanzenschutzmitteln Chloridazon und To-lylfluanid beobachtet. Neben der Untersuchung der Grundwasserproben auf Pflanzenschutzmittel solle künftig verstärkt nach Abbauprodukten gefahndet werden. Weiterhin Augenmerk in den Grundwasseruntersuchungen werde außerdem der zunehmend verbreiteten Industriechemikalie PFT (Perfluorierte Tenside) geschenkt. Erneut wurden auch Arzneimittelrückstände im Grundwasser festgestellt: Insgesamt 16 der Messstellen waren mit bis zu sieben Wirkstoffen belastet.

3 Bundes-/Europathemen

3.1 Aufrüstung des deutschen Fahrzeugparks

Bei der PS-Ausstattung der Autos ist eine Entwicklung zu beobachten, die in krassem Widerspruch zur abnehmenden Nutzung derselben steht. 1980 lag der Anteil der Pkw mit mehr als 101 PS (mehr als 74 kW) beim gesamten (westdeutschen) Autobestand bei 13,9 Prozent, der Anteil von Pkw mit mehr als 163 PS (120 kW) bei 2,4 Prozent. 2005 lagen die Werte bei 35,1 bzw. 7,3 Prozent.

Ein Vergleich der Höchstgeschwindigkeiten zeichnet die Hochrüstung noch eindrucksvoller ab: 1996 lag der Anteil der Pkw mit einer Höchstgeschwindigkeit von mehr als 180 Kilometern pro Stunde bei 26,4 Prozent des gesamten Autobestands; 8,5 Prozent hatten Spitzengeschwindigkeiten von mehr als 200 km/h. 2004



betrug den jeweiligen Anteile 42 bzw. 16,1 Prozent. Dabei ist die PS-Aufrüstung noch in vollem Gang: 2004 fuhren bereits 30,4 Prozent aller Neuwagen in der Spitze mehr als 200 Kilometer die Stunde.

Seit 1998 stieg das Gewicht des durchschnittlichen Pkw um 200 Kilogramm auf rund 1,2 Tonnen. Das Verhältnis zwischen Totlast (1,2 Tonnen) zur Beförderungslast (100 Kilogramm Mensch) liegt bei eins zu zwölf. Gleichzeitig ist der Besetzungsgrad (die personelle Auslastung) je Fahrzeug seit Jahrzehnten rückläufig, da die Zahl der Pkw und hier insbesondere die der Zweitwagen ständig zunimmt, während die Bevölkerungszahl stagniert. Derzeit sitzen in einem Pkw im statistischen Durchschnitt 1,2 Personen mit einem durchschnittlichen Körpergewicht von 100 Kilogramm.

<http://www.jungewelt.de/2007/02-16/055.php>

3.2 Klima-Bündnis stellt neues Fahrradkonzept vor

Ein neues, sehr attraktives Konzept für Mietfahrräder zur Ergänzung des Öffentlichen Nahverkehrs wurde vom Klima-Bündnis in München vorgestellt. Das europäische Städtenetzwerk Klima-Bündnis sucht interessierte Städte und Verkehrsunternehmen, die mit dem neuen System ein Modellprojekt durchführen wollen.

Das Kernstück der neuen Konzeption besteht aus einer mit Solarmodul ausgestatteten Fahrradstation für mindestens vier Räder. Bei der Wahl des Zugangssystems sind Städte und Verkehrsunternehmen frei. Optionen sind SmartCards, elektronisches Ticketing oder das Handy. Das neue System für öffentliche Fahrräder sieht die tarifliche und räumliche Integration der Mietfahrräder in den ÖPNV vor.

3.3 Kritik an Novelle des Gentechnikgesetzes

Die vom Bundeskabinett verabschiedete Novelle des Gentechnikgesetzes wird vom Bundesverband Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) heftig kritisiert. Über Absprachen zwischen benachbarten Landwirten könne das Gesetz jederzeit ausgehebelt werden. Diese müssten sich nur darauf verständigen, keine Maßnahmen gegen gentechnische Verunreinigungen zu ergreifen. Außerdem sei der vorgesehene Abstand von Gentechnik-Feldern zu konventionell oder biologisch bewirtschafteten Maisanbauflächen viel zu gering. Der BUND warnt davor, dass sich mit diesen Regelungen gentechnisch veränderte Organismen unkontrolliert großflächig ausbreiten würden. Der BUND forderte, die Mindeststandards von Seehofers

Vorgängerin Renate Künast zur Sicherung der gentechnikfreien Landwirtschaft beizubehalten.

3.4 Mit Biosprit auf dem Holzweg?

Energiegewinnung aus Pflanzen ist prinzipiell Klima schonend. Aber sie kann auch das Gegenteil bewirken. Das gilt zumindest für den Einsatz von Palmöl als Dieseleratz. Jetzt warnt auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) in seinem Sondergutachten für die Bundesregierung vor zu großer Euphorie.

Bis zum Jahr 2030 ließen sich höchstens zehn Prozent des deutschen Primärenergiebedarfs aus Biomasse decken, so der SRU. Etwa die Hälfte könnten Reststoffe liefern, aus Forst- und Holzwirtschaft, Landwirtschaft, Tierkörperbeseitigung und Lebensmittelindustrie. Die andere Hälfte stamme aus nachwachsenden Rohstoffen wie Raps, Mais, Getreide, so die Experten. Mehr Energiepflanzenproduktion auf deutschen Äckern sei nicht sinnvoll, denn sie konkurriere mit dem Anbau von Nahrungsmitteln und könne auch aus Naturschutzgründen nicht weiter ausgebaut werden. Weiter heißt es: "Die Forschung zu den Umweltauswirkungen des Anbaus von nachwachsenden Rohstoffen vermag mit der rasanten Ausweitung der Energiepflanzenerzeugung kaum noch Schritt zu halten. Aus Gründen der Schadensprävention und der Umweltvorsorge ist es daher zwingend notwendig, die Förderung der nachwachsenden Rohstoffe zu ,entschleunigen'." Zudem müsse sichergestellt werden, dass die voraussehbare Steigerung der Biomasse-Importe "Umwelt schädigenden Herstellungspraktiken in den Erzeugerländern keinen Vorschub leistet".



Doch die politischen Weichen werden in eine andere Richtung gestellt: Am vergangenen Freitag haben sich die Bundesregierung, die Autobranche und der Bauernverband darauf verständigt, den Biosprit-Anteil von fünf auf zehn Prozent zu erhöhen. Mit der Schlagzeile "Merkel löst Umweltkatastrophe aus", kommentiert der Hamburger Verein „Rettet den Regenwald“ die Bemühungen der Kanzlerin, mehr Agrokraftstoffe - mit dem allgemeinen Bio-Begriff hätten sie nichts zu tun - in die Tanks zu tun. Statt konsequentes Sparen einzufordern, werde mehr und mehr asiatisches Palmöl in Deutschland und Europa verwendet. "Dafür brennen jetzt indonesische Urwälder", so der Vereinsvorsitzende Reinhard Behrend: "Jede Tonne Palmöl, die in Deutschland eingesetzt wird, führt vor allem in Südostasien zu immer neuer Waldver-

nichtung." Die EU importiert derzeit etwa 1,5 Millionen Tonnen Palmöl pro Jahr, fast ausschließlich für den Einsatz in Blockheizkraftwerken zur Strom- und Wärmeproduktion.

Die Ölpalme ist die ertragsreichste Ölpflanze der Welt. Aber sie wächst nur im Tropengürtel und damit in direkter Flächenkonkurrenz zu Regenwäldern. Werden durch die verstärkte Palmöl-Nachfrage aus den Industrienationen Wälder zerstört, um neue Plantagen anzulegen, wären die Klimaschäden durch den Einsatz des Agrosprits kaum wieder gutzumachen, warnte kürzlich Prof. Hartmut Michel, Nobelpreisträger für Chemie. Bei der Brandrodung werde so viel Kohlendioxid freigesetzt, dass man mehr als 100 Jahre brauche, um dieses CO₂ wieder zu binden.

Die Umweltstiftung WWF gründete 2003 zusammen mit Palmölproduzenten und -verarbeitern einen runden Tisch für nachhaltiges Palmöl, englisch abgekürzt RSPO. Das wichtigste Ziel ist die Entwicklung von glaubwürdigen Kriterien zur Definition von nachhaltigem - also umwelt- und sozialverträglich erzeugtem - Palmöl. Sie könnten die Basis eines Zertifizierungssystems bilden. Doch das geht dem SRU nicht weit genug: "Private Zertifizierungssysteme sind kein funktionales Äquivalent für verbindliche Standards des Biomasseanbaus, bieten aber einen wichtigen konzeptionellen Ansatz für deren Entwicklung", steht im Sondergutachten. Die Standards müssten durch internationale Abkommen geschaffen werden, so die Experten.

Den Umweltgruppen in den Erzeugerländern, die Europa nun zu neuer, sauberer Energie verhelfen sollen, halten den Bioenergie-Boom für schädlich für ihr Land. So lehnt der größte indonesische Umweltverband Walhi Biokraftstoffe aus Palmöl strikt ab und appelliert an die Industriestaaten: "Löst eure Probleme nicht auf unsere Kosten!"

Auszug aus: <http://www.abendblatt.de/daten/2007/07/17/771660.html>

3.5 Deutschland ohne Atomkraft

Deutschland kann laut BUND-Bundesverband viel schneller aus der Atomkraft aussteigen, als bisher vorgesehen. Mehr als ein Drittel der in Deutschland installierten AKW-Leistungen waren im Sommer vom Netz, ohne dass es Probleme bei der Stromversorgung gab.

Deutschland produziere pro Jahr einen so großen Stromüberschuss, dass ohne Weiteres mehrere AKW vom Netz genommen werden können, so der Umweltverband. Im Jahr 2006 betrug der Exportüberschuss 20 Milliarden Kilowattstunden Strom. Dies entspräche etwa der Jahresproduktion der drei Atomkraftwerke Biblis A, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel zusammen.

3.6 Export genehmigungspflichtiger Abfälle steigt wieder

Die Menge der aus Deutschland exportierten genehmigungspflichtigen Abfälle betrug im Jahr 2006 zwei Millionen Tonnen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sie sich fast verdoppelt (2005: 1,1 Millionen Tonnen). Der Import hingegen ist - im Vergleich zur Rekordmenge von 6,5 Millionen Tonnen im Jahr 2004 - relativ stark zurückgegangen. Er lag 2006 bei 5,6 Millionen Tonnen. Für 2007 erwarten die Fachleute sowohl für die Ein-, als auch für die Ausfuhr keine großen Veränderungen. Genehmigungspflichtig sind Abfälle mit gefährlichen Inhaltsstoffen sowie andere, mit Umweltrisiken behaftete Materialien.

Besonders die Importe von Restfraktionen aus Abfallsortieranlagen und von Hausmüll sind sehr stark zurückgegangen. Der Grund: Im Juni 2005 ist das Ablagerungsverbot für nicht vorbehandelte Siedlungsabfälle in Kraft getreten. Die zunehmende Einfuhr anorganischer und mineralischer Abfälle hat diesen Rückgang jedoch fast ausgeglichen.

Die stark gestiegenen Abfallexporte sind zum Teil auf das Ablagerungsverbot zurückzuführen. Dadurch entstand eine Verknappung der Entsorgungsmöglichkeiten für biologisch abbaubare Abfälle in Deutschland. Solche Abfälle wurden weitgehend



in die westeuropäischen Nachbarländer gebracht. Der anfänglich befürchtete Export in Entsorgungsanlagen osteuropäischer Länder mit niedrigerer umwelttechnischer Ausstattung fand - mit wenigen Ausnahmen - nicht statt.

Die meisten importierten Abfälle kommen auch weiterhin aus den Niederlanden (2,3 Mio. t), Italien (1,0 Mio. t) und zunehmend aus Irland (560.000 t) gefolgt von der Schweiz (380.000 t), Frankreich, Belgien und Österreich (mit jeweils etwa 300.000 t). Importiert wurden vor allem Schlacken, Aschen und Filterstäube (1,0 Mio. t), Abfälle aus behandeltem Holz (1,0 Mio. t), kontaminierte Böden (570.000 t), Gülle und Klärschlamm (490.000 t), Sortierreste (trotz starken Rückgangs immer noch 400.000 t) sowie Altöl und Lösemittel (240.000 t).

Deutschland exportierte vor allem Sortierreste (510.000 t), gemischten Hausmüll (260.000 t), Pferdemist (250.000 t), Abfälle aus behandeltem Holz, (220.000 t) sowie Schlacken, Aschen und Filterstäube (160.000 t). Hauptabnehmer waren die Niederlande (390.000 t), die Müllverbrennungsanlagen in der Schweiz (340.000 t), gefolgt von Belgien und Frankreich (je rund 300.000 t). Von den Abfallexporten nach Osteuropa waren 140.000 Tonnen zur Verbrennung in polnischen Zementwerken von Bedeutung.

Bei den Transportstrecken lassen sich deutliche Unterschiede feststellen. Die durchschnittliche Entfernung zwischen den Orten im Ausland, in denen der Abfall anfällt und den deutschen Entsorgungsanlagen betrug rund 450 Kilometer und hat damit einen Höchststand erreicht. Dies ist vor allem auf die derzeit hohen Importmengen aus Irland zurückzuführen. Beim Export aus Deutschland sind die Transportwege wesentlich kürzer: durchschnittlich 230 Kilometer.

Eine detaillierte Statistik und weitere Informationen sind im Internet unter den Adressen <http://www.umweltbundesamt.de/abfallwirtschaft/abfallstatistik/basel.htm> und <http://www.umweltbundesamt.de/abfallwirtschaft/abfallstatistik/index.htm> veröffentlicht.

4 Gesetze, Verordnungen, Rechtssprechung

Urteile

4.1 Gen-Mais darf in ökologisch sensiblem Gebiet nicht angebaut werden

Gen-Mais darf nicht angebaut werden, wenn es dadurch zu Risiken für Schutzgebiete kommt. Dies hat das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder am 13. Juli 2007 entschieden. Eine Untere Naturschutzbehörde in Brandenburg hatte einem Landwirt aufgegeben, gentechnisch veränderten Mais der Linie MON810 in einem Naturschutz- und FFH-Gebiet nicht auszusäen oder ggf. umzupflügen, da von dem in die Pflanzen eingebauten Bt-Toxin Risiken für das Schutzgebiet ausgingen. Der Landwirt klagte gegen diese Verfügung. Das Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht Tübingen hat im Auftrag des brandenburgischen Umweltministeriums hierzu ein Rechts- und Fachgutachten erstellt. Das Gericht bestätigte die Anordnung der Naturschutzbehörde. Der Landwirt ist jetzt verpflichtet, den Mais umzubrechen. Ein Anbau von Gen-Pflanzen, der zu Beeinträchtigungen von FFH- und Vogelschutzgebieten führen kann, ist damit ohne Verträglichkeitsprüfung nicht mehr zulässig.



Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht Tübingen
Tel.: 07071/ 6878161
info@naturschutzrecht.net

5 LNV – Intern

5.1 Seminar zu den neuen Beteiligungs- und Klagerechten der Verbände

Der LNV lädt Sie dazu ein am



Samstag, den 15. Dezember 2007, 9.30 – 13.00 Uhr

Ort: Schwäbischer Heimatbund in Stuttgart,

Weberstraße 2

Anlass: Die rechtlichen Grundlagen für die Stellungnahmen und Klageverfahren der Verbände sind durch etliche, in der Öffentlichkeit fast unbekannte Gesetze wie das

- Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz,
- Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz,
- Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz
- Umweltschadensgesetz

deutlich verändert worden. Die neue Rechtslage wurde nicht einfacher, sie birgt jedoch auch Chancen für die Verbände. Wir laden Sie ein, sich über die aktuelle Gesetzeslage zu informieren und Antworten auf Fragen zu erhalten, wie z. B.

- Welche neuen Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich den Verbänden?
- Welche veränderten Fristen gilt es zu beachten?
- Wie kommt der Verband an die Planungsunterlagen?
- In welchen Fällen kann geklagt werden?

Anmeldung: die Teilnahme am Seminar ist kostenlos. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Wir bitten um Ihre Anmeldung bis zum 10.12.2007 bei der LNV-Geschäftsstelle: info@lnv-bw.de , Tel.: 0711-24895520

5.2 Personalien, Vertretung in Gremien

Der LNV trauert um seinen Gesundheitsreferenten **Prof. Dr. Friedrich Marbod Meissner**. Er hat für uns dieses Ehrenamt von 1971 bis zuletzt mit großer Kompetenz und Zuverlässigkeit ausgeübt. Zusätzlich vertrat er den LNV selbst noch im hohen Alter im Landesfachausschuss für Tourismus und im Fachausschuss für die Anerkennung von Luftkur- und Erholungsorten im Regierungspräsidium Stuttgart. Der LNV verliert mit Professor Meissner einen Mitstreiter, für den Natur- und Menschenschutz nie Gegensätze waren. Wir werden Professor Meissner stets in dankbarer Erinnerung behalten

Ebenfalls verstorben ist im Juli völlig unerwartet unser LNV-Mitarbeiter und ehem. AK-Leiter **Adolf Heitz** aus Hohberg. Der LNV und insbesondere sein LNV-AK im Ortenaukreis werden ihn in bester Erinnerung behalten.

Herr Dr. Rauchfuß wurde zum Präsidenten des Deutschen Gebirgs- und Wandervereins gewählt. Wir gratulieren recht herzlich und wünschen ihm bei der Ausübung des Amtes viel Erfolg

5.3 LNV-Pressemitteilungen

[Erneut harsche Kritik an der Verwaltungsreform](#) vom 31.10.2007

Wird unser Wald wirtschaftlichen Interessen geopfert?

Beim Landesnaturschutzverband (LNV) herrscht Alarmstimmung: Nachdem er sich mit jenen Gutachten auseinandergesetzt hat, welche das Land für den Forstbereich im Zuge der Verwaltungsreform in Auftrag gegeben hat, befürchtet er, dass zukünftig Gemeinwohlbelange im Wald völlig ins Hintertreffen geraten. Mit einem Brief, der es nicht an deutlichen Worten fehlen lässt, haben sich die Naturschützer nun unter anderem an Ministerpräsident Oettinger gewandt.

[Landschaftserhaltungsverbände flächendeckend einführen](#) vom 26.10.2007

Zur Finanzierung Tourismusfördermittel umschichten

Die bestehenden Landschaftserhaltungsverbände in Baden-Württemberg sind nach Auffassung des Landesnaturschutzverbandes (LNV) ein Erfolgsmodell. Der Dachverband der Naturschutzvereine fordert deshalb, die Landschaftserhaltungsverbände so schnell wie möglich im ganzen Land einzurichten. Nach Ansicht des stellvertretenden LNV-Vorsitzenden Dr. Gerhard Bronner lassen sich damit gleichzeitig Landwirtschaft und Tourismus fördern.

[LNV-Zukunftsforum diskutiert über Entfremdung von der Natur](#) vom 13.10.2007

Erfolgreiche Umwelterziehung muss Wissen mit Naturerfahrung verbinden

Notwendiger Brückenschlag erfordert vom Land mehr Investitionen.

Wer unsere Kinder zu nachhaltigem Handeln erziehen will, darf es nicht nur bei Appellen und Bekenntnissen belassen, sondern muss auch Mittel in die Hand nehmen. So lautet die übereinstimmende Erkenntnis des 8. „Zukunftsforum Naturschutz“, welches der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) zusammen mit der evangelischen Akademie Bad Boll in Stuttgart abgehalten hat.



[Landesnaturschutzverband trauert um Prof. Dr. Meissner](#) vom 10.10.2007

Ein Verlust für den ganzheitlichen Umweltschutz

Für den LNV war er 36 Jahre lang als Referent für Gesundheit aktiv

Der LNV trauert um seinen Gesundheitsreferenten Prof. Dr. Friedrich Marbod Meissner. Er hat für uns dieses Ehrenamt von 1971 bis zuletzt mit großer Kompetenz und Zuverlässigkeit ausgeübt. Zusätzlich vertrat er den LNV selbst noch im hohen Alter im Landesfachausschuss für Tourismus und im Fachausschuss für die Anerkennung von Luftkur- und Erholungsorten im Regierungspräsidium Stuttgart.

[Landesnatschutzverband kritisiert](#) vom 1.10.2007

Flurneuordnung missachtet Vorgaben der Naturschutzgesetze

Von Seiten der ehrenamtlichen LNV-Mitarbeiter mehren sich die Meldungen, die von Biotopzerstörungen im Zusammenhang mit Flurneuordnungsverfahren berichten. Die Flurneuordnungsämter scheinen trotz üppiger Personalausstattung anscheinend nicht in der Lage zu sein, die Einhaltung der von ihnen selber aufgestellten Pläne durchzusetzen.

[LNV kritisiert das „Aktionsbündnis Flächen gewinnen“](#) vom 28.09.2007

Großes Lob für das Forschungsprojekt „Komreg“

Der Vorsitzende des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg (LNV), Reiner Ehret – selbst aktives Mitglied im Aktionsbündnis Flächen gewinnen - kritisiert Städtetag und Gemeindetag, die seit der Gründung des Bündnisses über Bekenntnisse nicht hinausgekommen seien. Die versprochene Trendwende beim Flächenverbrauch im Lande ist nicht in Sicht“, stellte Ehret fest.

[Naturschutzverbände sind skeptisch: Wird Triberg ein „Disneylände“?](#) vom 25.09.07



„? Große Bedenken gegen Vergnügungsbahn zu den Triberger Wasserfällen

Die Naturschutzverbände sind von der Umweltverträglichkeit und dem versprochenen wirtschaftlichen Erfolg der in Triberg geplanten „Erlebniswelt“ noch nicht überzeugt. Am vergangenen Donnerstag hatte sie die Stadt Triberg eingeladen, um für Ihr Vorhaben zu werben. In einer gemeinsamen Presseerklärung von Landesnaturschutzverband (LNV) und BUND-Regionalgeschäftsstelle weisen sie auf die Chancen, aber auch auf die ökologischen und ökonomischen Schwachstellen des Großprojektes hin.

[LNV und NABU erstellen Beurteilungshilfe](#) vom 11.09.2007

Anlagen zur Erneuerbaren Energie naturschutzfreundlich planen!

Landauf landab erhitzen Planungen zur Erzeugung regenerativer Energie die Gemüter: Während Befürworter von Biogasanlagen, Windrädern, Wasserkraft und Co diese schon für sich allein als reinen Naturschutz bezeichnen, stufen sie Gegner als schädlich für Natur und Landschaft ein. Zur Versachlichung dieser Auseinandersetzung soll nun eine Arbeitshilfe beitragen, welche der Landesnaturschutzverband (LNV) gemeinsam mit dem Landesverband des Naturschutzbund Deutschland (NABU) erstellt hat. Sie äußert sich zur ökologischen Verträglichkeit der Anlagenart und nennt die Kriterien, nach denen sie unter Naturschutzgesichtspunkten zu bewerten ist. Die Arbeitshilfe soll gerade lokalen Gruppen und Initiativen Hilfestellung bei der Beurteilung solcher Anlagen geben.

[Beifall für neues Wärmegesetz von NABU und LNV](#) vom 14.08.2007

Stellungnahme mit viel Lob und Verbesserungsvorschlägen im Detail

„Das Wärmegesetz war überfällig. Das Land leistet damit endlich einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.“ So die beiden Vorsitzenden Dr. Stefan Rösler (NABU Baden-Württemberg) und Reiner Ehret (LNV) in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum Wärmegesetz.

[LNV kritisiert Streit im Hochwasserschutz](#) vom 13.08.2007

CDU-Ortsverbände bremsen ihre Umweltministerin aus

Klagendrohungen verzögern die Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms.

Der Landesnaturschutzverband (LNV) fordert alle Gemeinden am Oberrhein, alle politischen Parteien und damit natürlich auch alle CDU-Mandatsträger auf, Umweltministerin Tanja Gönner beim Hochwasserschutz künftig mehr als bisher zu unterstützen. „Was Frau Gönner braucht,“ so der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret, „ist eine bessere finanzielle Ausstattung für das Integrierte Rheinprogramm IRP und eine Beschleunigung aller Planungs- und Genehmigungsverfahren.“

[Dienstaufsichtsbeschwerde des Landesnaturschutzverbandes](#) vom 30.07.2007

Ravensburger Landratsamt kommt seiner Kommunalaufsicht nicht nach!

Nach Auffassung des LNV hat das Landratsamt Ravensburg seine Rechtsaufsichtspflicht gegenüber der Stadt Isny verletzt. Sollte deren Baugebiet „Birkenallee I“ realisiert werden, sind die Vorkommen mehrerer besonders geschützter Vogelarten bedroht. Der LNV hat deshalb Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht.

5.4 LNV-Infos. Tipps und Positionen

LNV-Forderungen an die Modernisierung der Großkraftwerke auf fossiler Rohstoffbasis

Werden Großkraftwerke auf Basis fossiler Rohstoffe neu geplant oder modernisiert, so sollten Behörden und Naturschutzverbände darauf achten, dass diese Kraftwerke gewisse Mindeststandards einhalten. Neue oder ertüchtigte oder modernisierte Großkraftwerke sind generell in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zu errichten. Der Gesamtjahresnutzungsgrad von Großkraftwerken sollte mindestens bei 60% liegen.

Breites Bündnis zum Schutz des Begriffes Streuobst

Umweltverbände, Bio-Anbauverbände und Slow Food verfassen gemeinsame Erklärung zum Streuobstbau

Das breite Bündnis fordert unter anderem eine 30jährige Pflegebindung bei Neupflanzungen von Streuobstbeständen, die Beibehaltung des Obstbaufachpersonals auf Kreisebene sowie eine verstärkte ministerielle Förderung der Kontrolle und Vermarktung von getrennt erfasstem Streuobst. Für den Schutz des Begriffes Streuobst fordern die Verbände die Mindestkriterien „Hochstamm-Obstbau ohne Einsatz synthetischer Behandlungsmittel“.



Landesnaturschutzverband und NABU informieren:

Naturschutz-Beurteilung von Anlagen zur Gewinnung und Nutzung regenerativer Energie

Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energie sind neben der Energieeinsparung und der Energieeffizienz ein wesentlicher Baustein für eine zukunftsfähige Energiegewinnung ohne fossile Energieträger und ohne Atomkraft. Unter dieser Prämisse sind bei der Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft durch solche Anlagen Umweltentlastungen selbstverständlich zu berücksichtigen und in ihrem Umfang abzuwägen.

6 Wettbewerbe, Aktionen

6.1 Kampagnenstart "Neckarwestheimer Erklärung"

18 Umweltverbände, Bürgerinitiativen und Parteien sammeln seit Juli mit ihrer großen Unterschriftenaktion "Neckarwestheimer Erklärung" Unterschriften, um so die angestrebte Strommengenübertragung von Neckarwestheim II auf den alten Block I zu verhindern. Die EnBW hat eine entsprechende Laufzeitverlängerung für den über 30 Jahre alten Reaktor Neckarwestheim I beantragt. Auch Gemeinderäte, lokale Umweltgruppen und Kirchengemeinden sind aufgefordert, auf diese Weise ein Zeichen zu setzen.

Die an der "Neckarwestheimer Erklärung" beteiligten Umweltverbände lehnen die Laufzeitverlängerung strikt ab, unter anderem wegen der instabilen geologischen Situation im Kraftwerksuntergrund. Außerdem bedeutet jedes Jahr Weiterbetrieb 18 Tonnen neuer Atomüll und eine Vermehrung des strahlenden Abraums in den Uranabbaugebieten"

Unter www.neckarwestheimer-erklaerung.de finden sich weitere Argumente für die Abschaltung. Zudem besteht die Möglichkeit zur Online-Unterschrift.

6.2 Bürgerbegehren gegen Stuttgart 21 gestartet

Stuttgart 21 soll mit aller Macht gegen den Willen der Bevölkerung durchgeboxt werden. Das Bündnis "Bürgerentscheid gegen Stuttgart 21" sammelt daher seit 5.10.2007 Unterschriften für ein Bürgerbegehren mit der Forderung an die Stadt Stuttgart, keine weiteren Verträge mehr abzuschließen und aus dem Projekt auszuweichen. Dem Bündnis gehören der BUND, Bündnis 90/Die Grünen, die „Initiative Leben in Stuttgart - Kein Stuttgart 21“, ProBahn, der Verkehrsclub Deutschland (VCD) sowie zahlreiche Unterstützerorganisationen und prominente Einzelpersonen an. Ziel sind 20 000 Unterschriften.

Die Initiatoren beklagen, dass nun von Seiten der Befürworter mit falschen Behauptungen Werbung für Stuttgart 21 gemacht wird, z. B. durch Stuttgart 21 würde sich



die Fahrzeit nach Ulm von 54 auf 28 Minuten verkürzen. Fakt jedoch ist, dass dieser Vorteil nur der Neubaustrecke zuzurechnen ist. Auch die Behauptungen, dass beim Alternativkonzept Kopfbahnhof 21 im Neckartal zahlreiche Wohnhäuser abgerissen werden müssen, sei unhaltbar, nur im Bereich Obertürkheim gibt es relativ geringe Eingriffe in einem Industriegebiet. Unterschriftsberechtigt sind nur zur

Kommunalwahl berechtigte Stuttgarter Bürger und Bürgerinnen. Die Unterschriftenlisten können ab sofort herunter geladen werden unter www.stuttgart21-nein-danke.de. Bis spätestens 9. November sollten die Listen beim BUND-Umweltzentrum zurück gegeben werden.

7 Termine und Veranstaltungen

7.1 Naturschutztage am Bodensee 2008

Vom 3. bis 6. Januar finden die traditionellen Naturschutztage am Bodensee im Tagungs- und Kulturzentrum Radolfzell statt. Wir laden Sie herzlich zu dieser gemeinsamen Veranstaltung von BUND und Naturschutzbund Deutschland (NABU) ein. Die Naturschutztage sind Fortbildung, Kongress und Familientreffen der Naturschützer in einem. Auch ein unterhaltsames Exkursionsprogramm erwartet Sie. In den vergangenen Jahren kamen immer jeweils 300 im Naturschutz engagierte Menschen nach Radolfzell. Etwa die Hälfte davon waren unter 35 Jahren.

Bereits feststehende Höhepunkte des Programms 2008 sind ein Tag zur Artenvielfalt, eine Gentechnik-Diskussion der BUND-Landesvorsitzenden Dr. Brigitte Dahlbender mit Peter Hauk, Minister für Ernährung und Ländlichen Raum und ein Klimaschutz-Tag mit prominenten Referenten.

Sie erhalten das Programm bei der BUND-Hauptgeschäftsstelle, Mühlbachstraße 2, 78315 Radolfzell, Telefon: 07732 / 15070, Email: bund.moeggingen@bund.net Unter www.naturschutztage.de sind Programm und Anmeldemöglichkeit auch im Internet

7.2 BNE-Jahrestagung in Stuttgart

Auf Einladung von Ministerpräsident Günther Oettinger findet die diesjährige bundesweite Jahrestagung zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vom 27. bis 29. November 2007 in Stuttgart statt. Neben dem Runden Tisch und der Sitzung des Nationalkomitees ist das 2. Symposium zum Thema „Zukunft gestalten – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg“ geplant, wozu alle Interessierten eingeladen sind. Weiterführende Informationen sind über das Internet-Portal www.dekade-bw.de abrufbar.

7.3 Deutscher Naturschutztag 2008 in Karlsruhe

Der Deutsche Naturschutztag findet im nächsten Jahr vom 16. bis 19. September in Karlsruhe statt. Das MLR bittet uns bereits jetzt, diesen Termin vorzumerken und ist über Ideen und Beteiligung dankbar. Das Motto lautet: „Stimmt das Klima? Naturschutz im Umbruch“. Ansprechpartner ist Frau Julia Raddatz, 0711/126-2147, julia.raddatz@mlr.bwl.de

8 Veröffentlichungen/Literatur/Internet

Biomassenutzung aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes

NABU • Invalidenstraße 112 • 10115 Berlin Telefon: 030. 28 49 84 - 0 •
E-Mail: NABU@NABU.de

Die neue NABU-Position erläutert Anforderungen an die Nutzung biogener Reststoffe und den naturverträglichen Anbau nachwachsender Rohstoffe. Eingegangen wird auch auf die ökologischen Folgen des Importes von Biokraftstoffen, Agrogentechnik für Energiepflanzen und nennt Ökologische Mindestkriterien für den Energiepflanzenanbau

Britische Klimaforscherin: Alpen in Zukunft schneefrei

*Buch "Was trägt unsere Erde noch? Wege in die Nachhaltigkeit" im Fischer-Taschenbuchverlag, 9,95 €, 240 Seiten, ISBN 978-3-596-17270-2
(Teil einer neuen Umwelt-Reihe von zwölf Büchern,)*

Laut der Klimaforscherin Jill Jäger bekommen wir heute die Folgen des Ausstoßes von Treibhausgasen aus den sechziger und siebziger Jahren zu spüren. Nach Ihrer Ansicht muss sich die Tourismusindustrie in den Alpen mangels Schnee langfristig von Ski- auf reine Wellnessangebote umstellen. Die vom Menschen verursachte Erderwärmung werde den Alpenregionen voraussichtlich weitere warme Winter bringen. Langfristig gesehen wird man in den Alpen nicht mehr Ski fahren können. Selbst wenn es heute gelänge, die Emissionen in Europa stark zu senken, würde das den Schneefall dort nicht begünstigen.



Die Investitionen der Alpenregionen in Schneekanonen seien auf längere Sicht kein hilfreiches Konzept. Es ist in diesem Winter so warm, dass auch Schneekanonen nichts mehr nutzen. Der Energie- und Wasserverbrauch der Geräte sei selbst bei ausreichend kühlen Temperaturen nicht wirtschaftlich.

Ungleiche Einkommensverteilung und Artensterben hängen zusammen

<http://www.plosone.org/article/fetchArticle.action?articleURI=info:doi/10.1371/journal.pone.0000444>

Wie eine Studie von kanadischen Wissenschaftlern demonstriert, gibt es Zusammenhänge zwischen ökonomischer Ungleichheit und der Reduzierung von Artenvielfalt. Dazu verknüpften sie einen Indikator für wirtschaftliches Ungleichgewicht mit Indikatoren, die Artenverlust anzeigen und fanden auf beiden Skalen denselben evidenten Trend: Gesellschaften mit einer deutlich ungleichen Einkommensverteilung erleben einen größeren Artenverlust. Würden z. B. die USA einen ähnlichen Grad an Gleichheit der Einkommensverteilung erreichen wie etwa Schweden, dann wären - überträgt man die Ergebnisse der Studie - in den USA 44% weniger Pflanzen- und Wirbeltier-Spezies vom Aussterben bedroht.

In der Vergangenheit dachte man, dass der Biodiversitätsrückgang mit der Größe der Weltbevölkerung bzw. der Wirtschaft zusammenhängt. Die neue Studie zeigt, dass die Struktur der Wirtschaft wichtig ist.

Die aktuellen Entwicklungen der europäischen Energiepolitik

Das Sonderheft kann als PDF-Datei unter www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“) oder unter www.eu-koordination.de („Publikationen“) heruntergeladen werden.

Das 32-seitige Sonderheft enthält beachtenswerte politische Beiträge und hoch aktuelle Fachbeiträge bezüglich der umweltfreundlichen Energiegewinnung, unter anderem auch Abhandlungen über CO₂-Speicherung, Energieeffizienz und –besteuerung.

Unterrichtsbegleitender Leitfaden "Artenvielfalt / Artenschutz"

www.stiftung-naturschutz-bw.de

Die von der Stiftung Naturschutzfonds erstellte Artenschutz-Broschüre ist für die 5. und 6. Klassenstufe konzipiert. Sie enthält laut MLR sowohl Fachinformationen als auch Arbeitsanleitungen. Beispiele von bestehenden Schulprojekten zeigten weitere Handlungsfelder auf.

Das erste NGO-Handbuch für den deutschsprachigen Raum

Zu bestellen bei

<https://www.greenpeace-magazin.de/warenhaus/detail.php?id=622>

Preis: 24,50 Euro ISBN 978-3-981 16 89-0-7 496 Seiten

Das erste NGO-Handbuch für den deutschsprachigen Raum ist klein, kompakt und sehr übersichtlich gegliedert in drei thematische Großkapitel:

1. Umwelt, Natur, Tiere,
2. Menschenrechte, Demokratie, Soziales, Gesundheit,
3. Frieden, Abrüstung

und schließlich ein Stichworte- und Personenregister.

Jedes der drei Großkapitel ist in sich alphabetisch gegliedert und enthält standardisierte wie recherchierte Informationen von Adresse, Ansprechperson über Aktivitäten, Budget und Erfolge von NGOs [Nichtregierungsorganisationen] und NPOs [Non-Profit-Organisationen] wie zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg. Das Handbuch bietet so eine rasche Erstorientierung zu mehr als 400 NGOs, NPOs, Netzwerken und zivilgesellschaftlichen Projekten.



Neues NABU-Faltblatt über Natur und Naturschutz im Klimawandel

Bestellen unter http://www.nabu.de/m06/m06_12/06844.html

Das neue Faltblatt bietet einen kurzen Überblick über die Zusammenhänge zwischen dem Klimawandel, Biologischer Vielfalt, Lebensgemeinschaften und dem Naturschutz und gibt Hinweise auf weiterführende Informationen. Es richtet sich vor allem an Menschen, die beginnen, sich mit den Folgen des Klimawandels in der heimischen Natur zu beschäftigen, so dass es gerade in der lokalen Öffentlichkeitsarbeit, eingesetzt werden kann.

Verkehrspolitik

38 Seiten, kostenlos erhältlich bei der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bestellnummer 7729

http://www.bpb.de/publikationen/ODCXGY,0,Verkehrspolitik.html?add_item=ODCXGY

Die Mobilitätsgesellschaft scheint an ihre Grenzen zu stoßen. Die Verkehrspolitik steht angesichts der Erfordernisse des globalen Klimaschutzes am Scheideweg. Verstopfte Straßen und überfüllte Flughäfen gehören heute zum Alltag. Der Flugverkehr nimmt weiter sprunghaft zu.

Zugleich hat die Automobilindustrie ihre Selbstverpflichtungen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes von Neuwagen nicht erfüllt. Inwieweit kann Politik das Verkehrsverhalten beeinflussen oder gar verändern? Verkehrspolitik muss den Rahmen für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsplanung setzen.

Flächen gewinnen: Orientierungshilfen für Kommunen

<http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/25126/>

Die LUBW hat einen Ratgeber für Kommunen herausgegeben, wie die Siedlungsentwicklung hinsichtlich des Flächeneinsatzes bewertet und verbessert werden kann. Ein interessantes Werk für alle, die am Thema Flächenverbrauch ihrer Gemeinde arbeiten. Er steht zum Download bereit und kann bei der LUBW auch in gedruckter Form gratis bestellt werden.

Stiller Alarm bei den Feldvögeln

Ausführliches englisches Original: <http://www.ebcc.info/?ID=299>



In den vergangenen 25 Jahren hat aufgrund der intensiven Landwirtschaft die Individuen-Zahl der auf Feld und Wiesen lebenden Vogelarten um 44 Prozent abgenommen. Dies zeigt das jetzt veröffentlichte europäische Brutvogelmonitoring. Maßgebliche Ornithologen haben zusammen mit der Dachorganisation BirdLife International die Entwicklung der Vogelarten seit 1980 untersucht. Ihr Ergebnis

lautet: Die EU-Landwirtschaft ist der Artenkiller Nummer 1, und die europäische Agrarpolitik fördert diesen Prozess weiter.

Die Gefahr, wie BirdLife International sie vorhersagt, liegt in einer Wiederholung dieses Prozesses in den neuen Mitgliedsländern, in denen sich derzeit noch die größten Konzentrationen der Feld- und Wiesenvögel befinden. Für einzelne Vogelarten ist der endgültige Absturz programmiert: So nahm der Bestand der Feldspatzen binnen 25 Jahren europaweit um 45 Prozent ab, Feldlerche und Hänfling halbierten die Population, der Singflug des Wiesenpiepers wurde bei einer Abnahme von 57 Prozent zum Sinkflug. 63 Prozent weniger Nachtigallen tirilieren - und in den Feldern hocken, weil verhungert und gejagt, 79 Prozent weniger Rebhühner. Der Dorf Vogel Goldammer verlor fast die Hälfte des Bestands, die auf artenreiche Kornfelder angewiesene Grauammer sogar 60 Prozent. Einer der traurigen Spitzenreiter ist der Wendehals, der mit einer ausgeräumten Landschaft nicht klar kommt: Von ihm blieb gerade ein Viertel der Population übrig. Quelle: www.fr-online.de

UBA-Hilfe für den Wechsel des Stromanbieters.

Download unter <http://www.umweltbundesamt.de/energie>

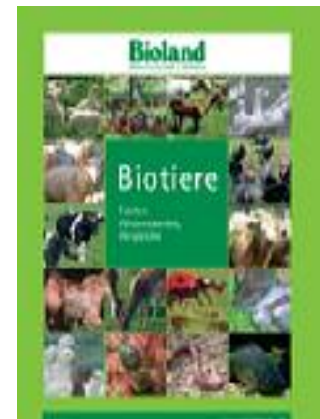
Viele Stromanbieter haben zum 1. Juli 2007 erhebliche Preiserhöhungen angekündigt. Verbraucher, die sich deshalb nach einem neuen Anbieter umschauen, sollten die Gelegenheit nutzen und auf klimafreundlich erzeugten Strom umsteigen.

Seit 2006 sind alle Stromlieferanten verpflichtet, ihre Kundinnen und Kunden über die verschiedenen Quellen des bereitgestellten Stromes aufzuklären. Das Umweltbundesamt (UBA) veröffentlicht dazu die aktuelle Studie "Potenziale und Erfordernisse der Stromkennzeichnung", die das Öko-Institut im Auftrag des UBA durchführte. Die Verbraucher können nun ermitteln, welche Umwelteigenschaften der von ihnen bezogene Strom aufweist. Darüber hinaus lassen sich die oben genannten spezifischen Angaben des jeweiligen Stromanbieters mit denen anderer Anbieter sowie mit dem Bundesdurchschnitt vergleichen. Häufig sind dabei die heutigen alternativen Stromangebote nicht teurer als konventionell erzeugter Strom.

"Biotiere - Fakten, Wissenswertes, Vergleiche"

3. Auflage , kostenlos bei Bioland e.V. Kaiserstr. 18, 55116 Mainz
oder unter www.biotiere.de zu erhalten

Der Ratgeber vermittelt einen umfassenden Überblick über die Haltungsformen der verschiedenen Tierarten. Auf 28 Seiten finden sich viele praktische Beispiele zu den Besonderheiten des Biolandbaus sowie den Chancen und Herausforderungen im Vergleich zur konventionellen Haltungsmethode. Die Leser erfahren mehr über das Spannungsfeld des Biobauern, der einerseits als Tier- und Naturschützer handelt und andererseits als Unternehmer und Bauer, der von seinen Tieren leben muss. Unter www.biotiere.de finden sich weitere Informationen, Fotos und Rezeptvorschläge.



Erster Band der Reihe "Forum Umweltgesetzbuch" erschienen

Das "Forum Umweltgesetzbuch" kann im Internet bestellt oder herunter geladen werden unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3297.pdf>.
Mehr Informationen auch unter <http://www.umweltgesetzbuch.de>.

Die Bundesregierung will noch in dieser Wahlperiode den ersten Teil eines Umweltgesetzbuches (UGB) vorlegen. Das UGB soll das bislang zersplitterte Umweltrecht zusammenführen und vereinfachen. Das Bundesumweltministerium (BMU) und das Umweltbundesamt (UBA) begleiten die Entstehung mit der neuen Veröffentlichungsreihe "Forum Umweltgesetzbuch". In loser Folge werden hier Autorinnen und Autoren aus der Bundespolitik, den Ländern, der Wirtschaft, den Umweltverbänden sowie aus Wissenschaft, Justiz und Vollzugspraxis ihren Standpunkt zum Umweltgesetzbuch veröffentlichen.

Mehr Anreize zum Flächensparen

Die wichtigsten Ergebnisse werden im Folgenden zusammengefasst.
http://www.nabu.de/m01/m01_01/06998.html

Die im Auftrag des Deutschen Bundestages erarbeitete Studie "Sparsame und schonende Flächennutzung - Entwicklung und Steuerbarkeit des Flächenverbrauchs" stellt die Entwicklung der Flächennutzung in den letzten Jahren dar, zeigt Ursachen und Folgen des hohen Flächenverbrauchs auf und gibt einen umfassenden Überblick über die in der aktuellen Debatte vorgeschlagenen Lenkungsinstrumente.

Zur Steuerung der Flächenutzung steht ein breit gefächertes Spektrum teils schon vorhandener, teils neu einzuführender Instrumente zur Verfügung, die im Rahmen der TAB-Studie analysiert sowie hinsichtlich ihrer Wirkungen und Umsetzungschancen bewertet wurden. Um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Reformvorschläge aus der Sicht unterschiedlicher Interessenstandpunkte zu beleuchten und wesentliche Konfliktlinien bei der Einschätzung von Zielen und Instrumenten einer Flächenhaushaltspolitik aufzuzeigen, hat das TAB eine schriftliche Befragung von ausgewählten interessierten und betroffenen Verbänden durchgeführt. Mit dem Ziel einer breiten wissenschaftlichen Fundierung wurden außerdem zu bestimmten Fragestellungen, etwa zum demographischen Wandel, zur Gemeindefinanzreform und zu den Möglichkeiten interkommunaler Kooperation, Gutachten an externe Experten vergeben.

Wo Dieselstinker draußen bleiben müssen

Unter www.umweltbundesamt.de/luft



Viele Städte planen im Kampf gegen den Feinstaub und andere gesundheitsschädliche Luftschadstoffe Umweltzonen. In diese kontrollierten Gebiete dürfen Fahrzeuge, die besonders viel Feinstaub emittieren, künftig nicht mehr fahren. Aber welche Kommunen planen solche Umweltzonen - und wann fällt der Startschuss? Antwort darauf gibt diese neue Website. Sie informiert über aktuell geplante Umweltzonen in Deutschland.

Und bietet damit eine Hilfestellung für alle, die mit dem Auto in fremden Städten unterwegs sind. Der rechtzeitige Blick in die Karten der Umweltzonen kann so schon bei der Routenplanung Klarheit bringen. Nach Informationen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) stehen in 69 deutschen Städten Fahrverbote für ungefilterte Diesel-Pkw und Nutzfahrzeuge unmittelbar bevor.